

Die Flüchtlingsschutztagung 2026 ([Tagung: Ev. Akademie Bad Boll](#)) in der Evangelischen Akademie Bad Boll hat sich in den vergangenen Tagen mit den bleibenden Herausforderungen beschäftigt, denen sich unsere Gesellschaft durch weltweite Fluchtbewegungen und die Notwendigkeit der Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden stellen muss. Die Tagung stand unter dem Eindruck der geplanten Verschärfungen bei der Aufnahme von Geflüchteten durch die GEAS-Reformen und einem veränderten, in Teilen verrohten politischem Klima in Bezug auf das Thema Flucht und Migration.

Das vorliegende Abschlussdokument fasst in fünf Thesen die daraus resultierenden Forderungen und Empfehlungen an eine zukünftige baden-württembergische Landesregierung zusammen:

1. Die zukünftige baden-württembergische Landesregierung muss es sich zur Aufgabe machen, einer weiteren Polarisierung der Diskussion rund um das Thema Flucht und Migration entschieden entgegenzuwirken. Sie darf nicht zulassen, dass ein Teil der Bevölkerung, für dessen Wohl sie zu sorgen haben wird, systematisch stigmatisiert und als Ursache für alle offenliegenden Probleme im Land verunglimpft wird. Sie soll demokratiebildende Projekte und Angebote, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, besonders für junge Menschen, weiter ausbauen und finanzieren.
2. Die zukünftige Landesregierung muss die Umsetzung der GEAS-Reform in ihrem Zuständigkeitsbereich mit Augenmaß betreiben und ihre Handlungsspielräume nutzen, um die Folgen der Maßnahmen für die Betroffenen so wenig schädlich wie möglich zu halten.
3. In Baden-Württemberg muss weiter ein Klima von Willkommenskultur gepflegt werden. Dem entgegen steht eine lange Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen Integration in die Gesellschaft verhindert wird. Das schadet insbesondere der Integrationsfähigkeit der Menschen, die zu uns kommen. Was am Anfang versäumt wird, ist später nur noch mühsam oder gar nicht mehr aufzuholen. Darum ist Spracherwerb, die Möglichkeit für Praktika, schulische Bildung und ehrenamtliches Engagement auch in den Erstaufnahmeeinrichtung dringend nötig.
4. Der größere Teil der Menschen, die nach Baden-Württemberg zuwandern oder fliehen, wird im Land bleiben. Die künftige baden-württembergische Landesregierung muss das ihre dazu tun, dass Integration gut und schnell gelingen kann. Dafür ist gemeinsam mit den Kommunen und den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen eine zielführende Strategie zu erarbeiten. Sie soll die bestehenden Strukturen vor Ort unterstützen und ausbauen, auch wenn Bundesprogramme wegfallen sollten.
5. Die zukünftige Landesregierung muss die Bildungschancen aller Kinder in Baden-Württemberg verbessern. Gezielte Förderung für Kinder mit Flucht- und Migrationsgeschichte hilft allen: Kindern, Lehrer*innen und Eltern., auch den Familien aus der aufnehmenden Gesellschaft.



Caritasverband der
Diözese
Rottenburg-
Stuttgart



Flüchtlingsrat
Baden-
Württemberg e. V.



Diakonisches Werk
der Evangelischen
Kirche in
Württemberg e. V.



Evangelische
Landeskirche in
Baden



Diakonisches Werk
der Evangelischen
Landeskirche in
Baden e.V.



Evangelische
Landeskirche in
Württemberg



Caritasverband für
die Erzdiözese
Freiburg